

Verletzungen der Pressefreiheit in Aserbaidschan

(Stand: 17.02.2012)

- Gewalt gegen Journalisten, v.a. während Protestdemonstrationen gegen die Regierung. Überfälle auf Journalisten, Entführungen etc. werden selten strafrechtlich verfolgt.
- Einschüchterung von Journalisten durch politisch motivierte Strafverfahren. Es gibt keine offizielle Zensur in Aserbaidschan, doch Selbstzensur ist in den Medien weit verbreitet.
- Verstärkte Überwachung des Internets, seit sich die Menschen über soziale Netzwerke wie Facebook zu Demonstrationen verabreden und zahlreiche regimekritische Blogs entstanden sind.
- Dominanz des Staates in den Medien: Von 23 Fernsehsendern stehen nur zwei (ITV und ANS-TV) nicht unter direktem Einfluss der Regierung. Etwa 80 Prozent aller Zeitungen sind in staatlicher Hand, oppositionelle Gruppen besitzen ca. 10 Prozent der Printmedien. Unabhängige Berichterstattung findet unter diesen Bedingungen kaum statt.

EREIGNISSE DER VERGANGENEN JAHRE IM ÜBERBLICK

Nov. 2011:	Journalist stirbt nach Angriff
Nov. 2011:	Kritische Zeitung geschlossen
Aug./Sept. 2011:	Häuser von Journalisten und Oppositionellen zerstört
Mai-Sept. 2011:	Einreiseverbote / Berichterstattung behindert
Feb.-Mai 2011:	Druck auf regimekritische Blogger
April 2011, 2010:	Polizei behindert Berichterstattung über Proteste
März/April 2011:	Angriffe auf Journalisten der Oppositionszeitung <i>Asadlig</i>
2009-2011:	Restriktive Vergabe von Rundfunk-Frequenzen
2010-2012:	Medien-NGOs unter Druck
2011/ 2010:	Freilassungen kritischer Journalisten und Blogger

Derzeit sind zwei Medienschaffende in Aserbaidschan in Haft:

- **Bachtijar Hajjew**, Blogger (seit 4. März 2011)
- **Awaz Sejnalli**, Chefredakteur der Zeitung *Chural* (in U-Haft seit 28.10.11)

2011 wurden nach Angaben des Bakuer *Instituts für die Freiheit und Sicherheit von Journalisten (IRFS)* mehr als 50 aserbaidische und ausländische Journalisten angegriffen oder belästigt.

EREIGNISSE DER VERGANGENEN JAHRE IM DETAIL:

Journalist stirbt nach Angriff

23. November 2011: **Rafik Tagi**, Mitarbeiter der Zeitung *Sanat* stirbt an den Folgen eines Messerangriffs durch einen Unbekannten in Baku vier Tage zuvor. In seinen Artikeln hatte er religiösen Fanatismus, die iranische Regierung und die aserbaidsschisch-iranischen Beziehungen kritisiert.

Kritische Zeitung geschlossen

3. November 2011: **Awaz Sejnalli**, Herausgeber der Tageszeitung *Chural*, wird von einem Bakuer Gericht zu mindestens drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Er hatte über Korruption in den obersten Reihen berichtet und Präsident Alijew direkt kritisiert. Zwei Wochen zuvor hatten die Behörden die Redaktion geschlossen und technische Ausrüstung beschlagnahmt.

Häuser von Journalisten und Oppositionellen zerstört

9. September 2011: Familienmitglieder des Journalisten **Idrak Abassow** werden geschlagen und ihr Haus in einem Bakuer Vorort teilweise durch einen Bagger zerstört. Begründet wird dies damit, dass das Haus illegal errichtet worden sei. Der Fall erinnert an die Menschenrechtsaktivistin **Lejla Junus**, die Gründerin des Instituts für Frieden und Demokratie. Der Sitz des Instituts wurde am 11. August 2011 zerstört, um Platz für die Umbauten im Rahmen des ESC zu machen.

Einreiseverbote / Berichterstattung über Berg-Karabach und Nachitschewan behindert

Anfang September 2011: **Jafes Hasanow**, Reporter von *Radio Free Europe / Radio Liberty* wird aus Nachitschewan (autonome Republik Aserbaidschans auf armenischem Territorium) ausgewiesen. Der Druck auf Journalisten, die über regionale Konflikte berichten, nimmt zu.

Juli 2011: FAZ-Journalist **Michael Ludwig** und sein aserbaidsschischer Kollege **Hakimeldostu Mehdijew** werden bei Recherchen in der Autonomen Republik Nachitschewan behindert. Mehdijew, der als Korrespondent für das *Institut für die Freiheit und Sicherheit von Journalisten* arbeitet und Ludwig bei seinen Recherchen begleitete, wird am 27. September 2011 wegen „illegalen Gebrauchs von Elektrizität“ zu einer Geldstrafe verurteilt.

1. Juli 2011: Das Außenministerium erteilt **Juri Snegirew**, Korrespondent der russ. Tageszeitung *Iswestija* ein Einreiseverbot mit der Begründung, er hätte in zwei Artikeln Ende Juni einseitig die armenische Position im Berg-Karabach-Konflikt dargestellt.

28. Juni 2011: Bloomberg-Fotografin **Diana Markosian** wird am Flughafen von Baku die Einreise verweigert, weil sie einen armenischen Nachnamen hat. Markosian hat sowohl die russische als auch die US-amerikanische Staatsbürgerschaft.

23. Mai 2011: Gegen den stellvertretenden Chefredakteur von *Radio Echo Moskwy*, **Sergej Buntman**, wird ein Einreiseverbot verhängt, nachdem sein Sender tags zuvor ein Interview mit der Führung von Berg-Karabach ausgestrahlt hatte. Buntman hatte zudem ohne offizielle Erlaubnis der aserbaidsschischen Behörden in Berg-Karabach recherchiert.

11. Oktober 2010: Trotz vorhandener Visa und einer Einladung des aserbaidischen Außenministeriums wird einem **ZDF-Team** die Einreise verweigert. Die vier Journalisten werden im Zug Tiflis-Baku an der Grenze verhaftet, eine Nacht festgehalten und dann nach Georgien zurückgeschickt. Sie waren unterwegs, um eine Reportage über die Zustände in Berg-Karabach zu drehen.

Druck auf regimekritische Blogger

18. Mai 2011: Der Blogger **Bachtijar Hajjew**, der über Facebook zu Demonstrationen aufgerufen hat, wird zu zwei Jahren Haft verurteilt. Am 19. Dezember 2011 lehnt ein Bakuer Gericht seine Freilassung auf Bewährung ab.

April 2011: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Online-Aktivisten **Elnur Majidli** wegen Verdachts auf „Anstiftung zu nationalem, ethnischem oder religiösem Hass“. Majidli, der sich nach Drohungen seit einigen Monaten in Frankreich aufhält, gehört zu den Gründern der Facebook-Seite, auf der zu Demonstrationen aufgerufen wurde.

5. Februar 2011: Der Blogger **Jabbar Sawalan** wird verhaftet, nachdem er auf Facebook zu Protesten aufgerufen hat. Im Mai wird er zu 30 Monaten Haft wegen Drogenbesitz verurteilt, am 27. Dezember 2011 begnadigt.

Polizei behindert Berichterstattung über Proteste

17. April 2011: Drei Reporter des schwedischen Staatsfernsehens werden festgenommen und ausgewiesen, als sie versuchen, eine Demonstration der Opposition zu filmen.

2./3. April 2011: Die Polizei versperrt etwa 30 Journalisten verschiedener Medien den Zugang zu dem Platz, auf dem sich die Bevölkerung zu Straßenprotesten versammelt. Die Reporter werden daran gehindert, mit Demonstranten zu sprechen, einige werden festgenommen.

26. April 2010: Bei einer Demonstration der führenden Oppositionspartei *Asadlig* werden fünf Journalisten von Polizisten verprügelt und zum Teil schwer verletzt. Außerdem wurden Journalisten verhaftet und mehrere Stunden festgehalten.

Angriffe auf Journalisten der Oppositionszeitung *Asadlig*

3. April 2011: **Ramin Deco**, Korrespondent der oppositionellen Zeitung *Asadlig* wird entführt und acht Stunden lang in einem Dorf außerhalb von Baku festgehalten. Deco berichtet den Medien von seiner Entführung und wird daraufhin am Abend des 4. April „aus Vergeltung“ vor seinem Büro verprügelt.

26. März 2011: Der bekannte regierungskritische Journalist und *Asadlig*-Reporter **Sejmour Chasijew** wird entführt und geschlagen. Es ist der erste gewalttätige Übergriff auf Journalisten in Aserbaidschan seit 2008.

18. März 2011: Der Exiljournalist und *Asadlig*-Mitarbeiter **Fachraddin Hajibejli** wird in Berlin-Mitte von einer Gruppe von Männern brutal angegriffen.

Restriktive Vergabe von Rundfunk-Frequenzen

Dezember 2010/Januar 2011: Die Journalisten **Emin Husejnow**, **Rasul Jafarow** und **Mehman Alijew** bewerben sich beim Nationalen Radio- und TV-Rat um die frei gewordene Frequenz FM 103,3. Im Januar 2011 erhält der unbekannte Mitbewerber *Golden Radio* den Zuschlag – ohne dass der Rat seine Entscheidung erklärte. *Golden Radio*, dem später Verbindungen zur Regierung nachgewiesen wurden, war der einzige Mitbieter. Die Klagen der drei Journalisten gegen diese Entscheidung wurden in Aserbaidschan in allen Instanzen abgewiesen, daraufhin klagten sie vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Seit Januar 2009 sind *BBC* und *Radio Free Europe* nur noch über Internet und Satellit zu empfangen, nicht mehr im regulären Radio.

Medien-NGOs unter Druck

7. Februar 2012: Das *Institut für die Freiheit und Sicherheit von Journalisten (IRFS)* erhält einen Warnbrief des Justizministeriums (nach zwei Warnbriefen kann die NGO geschlossen werden). Angeblich habe das IRFS das Ministerium nicht über die Wahl eines neuen Vorsitzenden informiert. Vorsitzender **Emin Husejnow** weist die Vorwürfe zurück. Er vermutet, das IRFS werde unter Druck gesetzt, weil es sich an der Kampagne „Sing for Democracy“ beteiligt. Die Kampagne ist ein Projekt mehrerer aserbaidschanischer NGOs, die den Song Contest in Baku dazu nutzen wollen, auf Menschenrechtsdefizite und Verletzungen der Pressefreiheit in ihrem Land hinzuweisen.

Juli 2010: Das *Media Rights Institute (MRI)* veröffentlicht eine Studie zur rechtlichen Situation der Medien in Aserbaidschan. Daraufhin wird der Vorsitzende des MRI, **Chalid Agalijew**, von der Polizei einbestellt und verhört.

Freilassungen kritischer Journalisten und Blogger

26. Mai 2011: Der regierungskritische Reporter **Ejnulla Fatullajew** kommt nach vierjähriger Haft vorzeitig frei. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hatte schon im April 2010 verlangt, Fatullajew freizulassen, die aserbaidschanische Führung hatte sich jedoch über das Urteil hinweggesetzt. Erst wenige Tage nach dem Sieg Aserbaidschans beim Eurovision Song Contest begnadigte Präsident Alijew den Reporter. Fatullajew, Gründer und Chefredakteur der Oppositionszeitungen *Realny Aserbaidschan* und *Gündalik Aserbaidschan*, war 2007 unter anderem wegen „Anstachelung zu nationalem Hass“ zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

November 2010: Die beiden Blogger **Adnan Hajisade** und **Emin Milli** werden nach 16 Monaten Haft dank internationaler Appelle vorzeitig entlassen. Sie waren im Juli 2009 verhaftet worden, nachdem sie in einem satirischen Video die Regierung kritisiert und sich über korrupte Politiker lustig gemacht hatten. Daraufhin wurden sie zusammengeschlagen und verletzt. Sie erstatteten Anzeige – doch nicht die Täter, sondern sie selbst wurden festgenommen und wegen „Hooliganismus“ angeklagt.